

Kundgebung Samstag, 16.7.2016, 14 Uhr

Dillingen: Pogrome verhindern, bevor sie entstehen! Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz!

Redebeitrag von ...resist!

<http://resistsb.blogspot.eu/>

Im laufenden Jahr sind allein nach offiziellen Zahlen bereits 3.600 Menschen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben, bei dem Versuch das Mittelmeer zu überqueren ertrunken. Das bedeutet, dass vom 1. Januar 2016 bis heute pro Tag 18 Menschen durch das europäische Abschottungsregime ihr Leben ließen. Und das ohne die Dunkelziffer auch nur zu erahnen.

Eine Reaktion der deutschen Regierung darauf war die Verabschiedung des Asylpakets II im Februar 2016. Ein bedeutender Punkt dieser Neuregelung ist, dass vielen Geflüchteten aus Syrien kein Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention mehr zugesprochen wird, sondern lediglich noch subsidiärer Schutz.

Dies bedeutet ganz konkret, dass der Familiennachzug für nach dem 17. März 2016 erfasste Menschen für volle zwei Jahre ausgesetzt wird. Die meisten der Geflüchteten traten die lebensgefährliche Flucht über das Meer nur an, um nach der Anerkennung ihre Familien auf sicherem Weg nachholen zu können. Mit der Verabschiedung des Asylpakets II hat die Bundesregierung diese sicheren Wege geschlossen.

Die schreckliche Konsequenz daraus ist, dass immer mehr Menschen auf dem Weg in ein vermeintlich sicheres Leben sterben. An dieser Stelle lassen sich gut einige Genoss*innen aus Berlin zitieren, die zum Asylpaket I schon sagten: „Deutschland du mieses Stück Scheiße!“

Diese Schweinerei, die am 23. Oktober 2015 in Kraft trat, beinhaltet unter anderem Leistungskürzungen für Geflüchtete und Migrant*innen, Abschiebungen ohne Vorankündigungen und die Erklärung vom Kosovo, Albanien und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“.

Im Kosovo ist immer noch die Bundeswehr zur Friedenssicherung im Einsatz und in Albanien und Montenegro sind Sinti* und Roma* nach wie vor rassistischer Hetze und Verfolgung ausgesetzt. In naher Zukunft will man nun die nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien ebenso zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Staaten in denen homosexuelle Menschen ganz legal nach Gesetz verfolgt werden, Länder in denen laut Auswärtigem Amt „dringend empfohlen (wird), Demonstrationen und Menschenansammlungen zu meiden“ sind dann selbst den Grünen, die ja sonst gerne bei allerhand Schweinereien dabei sind, nicht sicher genug. Ob es dabei bleibt, ist abzuwarten.

Was sich anhand dieser Entwicklung zeigt ist die, in den letzten Jahren, übliche Reaktion des Nationalstaats auf die systemimmanenten Krisen des Kapitalismus. Schuldzuweisungen in der Krise an das Fremde, Abschottung und ein Erstarren des völkischen Nationalismus.

Die Beendigung der Verhältnisse, wie sie sich momentan darstellen, kann nicht durch ein Abarbeiten an einzelnen Symptomen funktionieren, sondern geht nur im Kampf gegen das Konstrukt aus Staat, Nation und Kapitalismus. Dabei ist eine Komponente so wichtig wie die andere. Staatliche Krisenpolitik, welche in Europa, für eine Austeritäts- und Abschottungspolitik sorgt, gehen Hand in

Hand mit den mordenden Nazischergen, seien es nun NSU oder andere Terrorbanden. Rassistische Mörder führen das aus, was Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten befeuern.

Sowohl die durch die EU aufgezwungenen Spardiktate, welche federführend aus der BRD stammen, als auch die nationale Mobilisierung, die aus nationalistisch, chauvinistischer Abschottungspolitik resultiert, erzeugen ein Klima von „wir gegen die“.

Nicht nur im Süden Europas sind Menschen von den staatlichen Reaktionen auf die Krise namens Kapitalismus betroffen. Bedingt durch diese Verhältnisse sprießen überall in Europa nationalistische, sozialchauvinistische und rassistische Parteien aus dem Erdboden. Mal sind diese ganz plump neofaschistisch, mal aus der sogenannten „bürgerlichen Mitte“. Doch auch große staatstragende Parteien haben die Europäische Union mehr oder minder aufgegeben und handeln immer häufiger aus nationalistischen Motiven. Beispiele dafür sind der kürzlich erfolgte Volksentscheid über den Austritt Großbritanniens aus der EU und die rechts-konservative und antieuropäische Regierung Polens.

Mit diesen Motiven geht eine rassistische Abschottungspolitik auch innerhalb der EU einher. Anschaulich wird dies zum Beispiel durch die antiziganistische Mobilmachungen gegen Einwanderer*innen aus dem Südosten der Europas.

Dabei wird deutlich, dass eine reale Bedrohung für ein freies Leben nicht nur von Neo-Nazis und Islamisten, sondern auch aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommt, welche sich immer weiter rechts einpendelt. Der daraus resultierende Effekt ist eine reaktionäre Eskalationsspirale aus rassistischer Straßengewalt, Propaganda der Neuen Rechte und staatlichem Sicherheitswahn. Alle drei richten sich gleichermaßen, aber in ihrer je eigenen Form, gegen die, die es hierher geschafft haben oder die auf dem Weg zu uns sind!

Gegen diese Verhältnisse kann eine radikale Linke und kommunistische Bewegung nur etwas unternehmen, wenn sie deren Komponenten in ihrer Gesamtheit analysiert und bewertet. Diese Kritik muss stetig verändert und erneuert werden und muss sich vor allem klar von denen distanzieren, welche für eine „Kriseninterventionspolitik“ eintreten. Proteste die sich immer nur symptomatisch an Feindbildern abarbeiten haben keine Chance eine emanzipatorische Gesellschaft zu schaffen. Sie reproduzieren nur die herrschenden Verhältnisse und versuchen ein richtiges Leben im Falschen herbei zu halluzinieren.

Wir wollen weder ein neoliberales Grenzregime, noch den völkischen Nationalismus. Unsere Alternative zum Bestehenden kann nur Kommunismus heißen. Damit meinen wir keine staatssozialistische und somit antifortschrittliche, sondern eine hierarchiefreie und solidarische Gesellschaftsform in der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen nicht weiter existieren. Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht mehr von den Zwängen und Krisen der Verwertung durch den Kapitalismus, das Privateigentum und den Staat bestimmt wird, sondern in der "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"(Marx/Engels). In der es selbstverständlich ist "... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx) Eine Gesellschaft zu der "jeder nach seinen Fähigkeiten" beiträgt und "jedem nach seinen Bedürfnissen" geschieht (Marx)."

Gegen Austerität, Abschottung und Ausbeutung. Kommunismus statt Schweinesystem